



SCHWEIZERISCHER BUNDESRAT  
 CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE  
 CONSIGLIO FEDERALE SVIZZERO

Beschluss -3. Juli 1985  
 Décision  
 Decisione 1233

Ministertagung der Internationalen Energie-Agentur (IEA)  
 Paris, 8./9. Juli 1985

---

Aufgrund des Antrages des EVED und des EVD vom 25. Juni 1985

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen

1. Vom gemeinsamen Bericht des EVED/EVD über die Ministertagung der IEA vom 8./9. Juli 1985 in Paris wird Kenntnis genommen. Die darin dargestellte Haltung der Schweiz gilt als Instruktion für die schweizerische Delegation.
2. Die schweizerische Delegation setzt sich wie folgt zusammen:  
 Herr Dr. E. Kiener, Direktor des BEW, Leiter der Delegation;  
 Herr Botschafter Dr. S. Arioli, Delegierter für Handelsverträge, BAWI;  
 Herr Botschafter J. Zwahlen, Chef der ständigen Delegation der Schweiz bei der OECD in Paris;  
 Herr Dr. H.L. Schmid, Chef des Dienstes Energiekonzeption, BEW;  
 Herr K. Eichenberger, Chef des Dienstes für internationale Energiefragen, BAWI;  
 Herr P. Fivat, Finanz- und Wirtschaftsdienst, EDA.

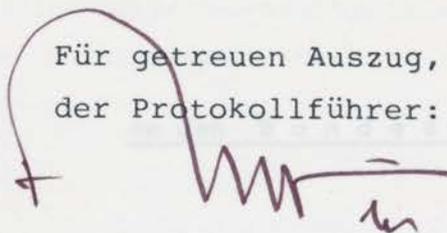
Das Taggeld für die Delegationsmitglieder (ausgenommen Botschafter J. Zwahlen) wird auf Fr. 150.-- festgesetzt. Dem Delegationschef kann, sofern er Ausgaben im Zusammenhang mit seiner Funktion nachweist, ein Zuschlag bis zu Fr. 15.-- pro Tag ausgerichtet werden.

250.21

3. Die Pressemitteilung über die Ministertagung der IEA wird genehmigt.

1983 Bern, den 23. Juni 1983

Für getreuen Auszug,  
 der Protokollführer:



Ausgeteilt

Ministertagung der Internationalen Energie-Agentur (IEA)  
 Paris, 8./9. Juli 1983

1. Zweck, Themen und Unterlagen

Die Energieminister der IEA-Mitgliedstaaten wollen sich nach mehr als zweijähriger Pause und aufgrund von zehn Jahren Erfahrung mit der Agentur zur energiepolitischen Situation besinnen. Die Tagung steht gewisser Traktandenliste unter dem Thema "Energiepolitik: Lehren aus der Vergangenheit und Aufgaben für die Zukunft". Dieses Thema soll unter folgenden drei Gesichtspunkten besprochen werden:

- a. Resultate und Erfahrungen der letzten zehn Jahren
- b. Herausforderungen aus der gegenwärtigen Situation und den Zukunftsperspektiven

Die energiepolitische Politik zur Bewirkung einer ausgeprägten Energieversorgungsstruktur auf lange Sicht.

Die Minister werden sich in einem zusammenfassenden Dokument ("Overall Paper") sowie in dem von den Ministern zu genehmigenden Schlussfolgerungen und dem Pressemitteilungsdokument befassen. Die Tagung ist ein wichtiger Schritt zur Verwirklichung der IEA-Mission.

Protokollauszug an:				
<input checked="" type="checkbox"/> ohne / <input type="checkbox"/> mit Beilage				
Nr.	z. K.	Dep.	Anz.	Akten
	X	EDA	6	-
		EDI		
		EJPD		
		EMD		
	X	EFD	7	-
X		EVD	10	-
X		EVED	10	-
		BK		
	X	EFK	2	-
	X	Fin. Del.	2	-

EIDGENOESSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT  
EIDGENOESSISCHES VERKEHRS- UND ENERGIEWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT

250.24

3003 Bern, den 25. Juni 1985

AusgeteiltAn den Bundesrat

Ministertagung der Internationalen Energie-Agentur (IEA)  
Paris, 8./9. Juli 1985

---

1. Zweck, Themen und Unterlagen

Die Energieminister der IEA-Mitgliedländer wollen sich nach mehr als zweijähriger Pause und aufgrund von zehn Jahren Erfahrungen mit der Agentur zur energiepolitischen Situation äussern. Die Tagung steht gemäss Traktandenliste unter dem Thema "Energiepolitik: Lehren aus der Vergangenheit und Aufgaben für die Zukunft". Dieses Thema soll unter folgenden drei Gesichtspunkten besprochen werden:

- a. Resultate und Erfahrungen der letzten zehn Jahre;
- b. Herausforderungen aus der gegenwärtigen Situation und den Zukunftsaussichten;
- c. Erforderliche Politik zur Verwirklichung einer ausgewogenen Energieversorgungsstruktur auf lange Sicht.

Die zur Diskussion stehenden Bereiche werden in einem zusammenfassenden Gesamtdokument ("Overall Paper") sowie in den von den Ministern zu genehmigenden Schlussfolgerungen und dem Pressecommuniqué dargestellt. Diese (noch nicht in endgültiger Form vorliegenden) Dokumente basieren auf sechs Grundlagenpapieren über:

- Energieangebot und -nachfrage (Energieversorgungsstruktur)
- Energiesparen
- Oelmarkt
- Bereitschaft für den Fall von Oelversorgungskrisen
- Erdgas
- Forschung und Entwicklung

Die meisten von den Ministern zu behandelnden Themen kamen bereits in früheren Ministertagungen der IEA zur Sprache. Neu ist vor allem der in den letzten Jahren in vielen Ländern wichtiger gewordene Bereich Energie und Umwelt.

Für die Schweiz dürften sich aufgrund der bisherigen Diskussionen und Textentwürfe keine besonderen Probleme stellen.

## 2. Pressemitteilung und Schlussfolgerungen

Beide Dokumente sollen veröffentlicht und von den Ministern verabschiedet werden.

Die Pressemitteilung fasst die wichtigsten Erkenntnisse und Stossrichtungen zusammen. Die IEA-Länder konnten in den letzten zehn Jahren ihre Erdölimportabhängigkeit von 35 % auf 22 % reduzieren. Massgebend dafür waren v.a. die stark gestiegenen Erdölpreise sowie die energiepolitischen Anstrengungen der Mitgliedländer zur rationelleren Energieverwendung und zur Substitution von Erdöl durch andere Energien. Angesichts der schwerwiegenden wirtschaftlichen Folgen von Erdölkrisen sind weitere Strukturanpassungen notwendig; dies umso mehr, als die Zukunftsaussichten unsicher sind und in den neunziger Jahren wieder mit Verknappungen gerechnet werden muss. Deshalb ist die Ausrichtung der bestehenden Energiepolitik beizubehalten und ihre Verwirklichung nachdrücklich fortzusetzen, insbesondere durch eine Stärkung des Marktmechanismus, die Beseitigung bestehender Hindernisse und wirksame energiepolitische Anstrengungen in den Bereichen Energiesparen, Raffinerien und Oelproduktehandel, Elektrizität (Kohle und Kernenergie), Erdgas, Energie und Umwelt, Forschung und Entwicklung sowie Bereitschaft für den Fall von Oelversorgungskrisen. Dabei sind die weltweiten Dimensionen des Energieproblems nicht zu vergessen. Abschliessend wird die Bedeutung der IEA als Rahmen für eine starke internationale Zusammenarbeit und für den internationalen Zusammenhalt im Energiebereich betont, und es wird der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, dass diese Ministertagung wesentlich zur

stetigen wirtschaftlichen Entwicklung nicht nur der Mitgliedländer, sondern auch auf globaler Ebene beitragen werde.

Die Schlussfolgerungen stellen eine Präzisierung und Ergänzung der Pressemitteilung dar. Die konkreten Empfehlungen in den Bereichen Energiesparen, Erdgas, Energie und Umwelt, Forschung und Entwicklung und Oelversorgungssicherheit werden zusammengefasst.

Die Schweiz kann sich mit der vom Verwaltungsrat am 13.6.85 diskutierten Pressemitteilung und den Schlussfolgerungen voraussichtlich einverstanden erklären. Offen steht v.a. noch die Formulierung der Passagen zu den Raffinerien und dem Handel mit Erdölprodukten, sowie zum Dialog mit den Oelproduzentenländern und den Konsumentenländern ausserhalb der IEA.

### 3. Die einzelnen Bereiche

#### 3.1 Strukturänderungen innerhalb des Marktsystems

Die Minister sollen die Bedeutung des Marktmechanismus für alle Energieträger bekräftigen. Aufgaben der Energiepolitik ist es insbesondere, geeignete Rahmenbedingungen für einen funktionierenden Markt zu schaffen. Dazu gehören v.a. Energiepreise, welche dem Weltmarktniveau entsprechen oder - bei netzgebundenen Energien - die langfristigen Kosten widerspiegeln. Preiskontrollen und subventionierte Preise sind zu vermeiden. Die einheimische Energieproduktion ist zu steigern. Bei der Festlegung von Steuern und Abgaben auf Energie und der Regelung des internationalen Energiehandels sollten die energiepolitischen Ziele berücksichtigt werden.

Die Schweiz kann diese Empfehlungen unterstützen. Sie stehen im Einklang mit der vom Bundesrat beschlossenen marktwirtschaftlich orientierten Energiepolitik.

#### 3.2 Energiesparen

Die Bedeutung des Energiesparens für eine sichere, wirtschaftliche und umweltschonende Energieversorgung, die in den letzten zehn Jahren erzielten Fortschritte und das erhebliche, noch auszuschöpfende Energiesparpotential werden hervorgehoben. Die wichtigsten Hindernisse und die geeigneten Massnahmen zu ihrer Ueberwindung werden erwähnt.

Die Minister sollen Empfehlungen zur Förderung der rationellen Energieverwendung gutheissen. Die Energiepreise und -steuern sollen den Konsumenten richtige Signale vermitteln. Die energietechnischen Normen sollen verbessert, wonötig finanzielle oder fiskalische Anreize gewährt, Informations- und Ausbildungsprogramme eingeführt, eine wirksamere Erfolgskontrolle für Sparprogramme entwickelt und die Forschung und Entwicklung neuer Techniken gefördert werden.

Auch diese Empfehlungen kann die Schweiz vorbehaltlos unterstützen, sind sie doch weitgehend identisch mit der bundesrätlichen Energiepolitik, insbesondere mit der am 15.5.1985 verabschiedeten energiepolitischen Absichtserklärung.

### 3.3 Oelraffinerien und Handel mit Fertigprodukten

Die Erdölnachfrage ist nach den zwei Erdölkrisen, vor allem zwischen 1979 und 1984, zufolge des starken Preisanstieges erheblich zurückgegangen. Gleichzeitig verschob sie sich zunehmend weg von schweren zu leichteren Oelprodukten. Diese Entwicklung erzwang im Raffinerie-Sektor bedeutende Anpassungen bezüglich Kapazität und Technologie. Dieser Umstrukturierungsprozess ist noch im Gang.

Hinzu kommen eine Anzahl für den Export bestimmter neuer Oelraffinerien in den OPEC-Staaten, vor allem im Mittleren Osten. Im Jahre 1984 betrugen die Netto-Produkte-Importe der OECD-Staaten 3,2 Mio Fass pro Tag, oder rund 9 % am gesamten OECD-Verbrauch, einschliesslich 1,4 Mio Fass pro Tag aus OPEC-Ländern. Zwischen 1984 und 1990 dürfte dieser Anteil auf bis zu 11 % ansteigen, wobei der Anstieg von 0,4 - 0,7 Mio Fass pro Tag praktisch ausschliesslich aus OPEC-Raffinerien stammt. Das tatsächliche Niveau der OPEC Produkte-Exporte und die Handelsströme dürften grösstenteils durch die Marktkräfte und Handelspolitik der OECD-, OPEC- und anderer Staaten bestimmt werden.

Ziel der IEA-Länder muss es sein, die Umstrukturierung ihrer Raffinerien zuzulassen, ohne die Versorgungssicherheit zu gefährden, und gleichzeitig den sich mittelfristig abzeichnenden OPEC-Oelprodukte-Exporten gegenüber eine liberale Einfuhrpolitik zu betreiben und wonötig noch bestehende Hindernisse zu beseitigen. Dabei müssen alle

IEA-Regionen und -Länder ihren Anteil an der Anpassungslast übernehmen, wenn sie tragbar bleiben soll.

Mit Japan, das zwar mit diesen Grundsätzen einverstanden ist, aber im heutigen Zeitpunkt nicht willens und in der Lage scheint, irgendwelche Verpflichtungen einzugehen, sind Verhandlungen im Gange. Falls es vor der Konferenz zu keiner Lösung kommt, werden sich die Minister am 8./9. Juli 1985 mit dieser Frage befassen müssen.

Da die Schweiz schon seit Jahren nur rund einen Drittel ihres Oelbedarfs selbst raffiniert und zwei Drittel in Form von Produkten einführt, ist nicht damit zu rechnen, dass die sich abzeichnende Entwicklung für unsere Raffinerien zu Problemen führen wird. Die Schweiz vertritt denn auch ihrer Tradition entsprechend eine liberale Position. Sie behandelt die Importe von Oelprodukten nicht diskriminierend. Protektionismus und Verzögerungen bei der notwendigen Restrukturierung innerhalb des IEA-Raumes ergeben u.E. suboptimale Resultate und dürften letztlich zu höheren Oelprodukte-Verbraucherpreisen als notwendig führen. Protektionistische Massnahmen an der Grenze eines IEA-Landes könnten zudem eine Domino-Reaktion auslösen und nicht zuletzt die Handelspolitik im allgemeinen zusätzlich belasten. Aus diesen Gründen wird die Schweiz eine möglichst fortschrittliche Lösung unterstützen.

#### 3.4 Elektrizität, Kohle und Kernenergie

Ein Grundlagendokument zu diesem Thema liegt nicht vor. Der Kohleindustrierrat (CIAB) unterbreitet - in eigener Verantwortung - einen Bericht über den vermehrten Einsatz der Kohle in den IEA-Ländern. Die Minister werden von diesem Bericht Kenntnis nehmen und auf die Schlussfolgerungen über die Elektrizitätspolitik des IEA-Verwaltungsrates von 27.3.1985 hinweisen. Sie werden die Bedeutung eines vermehrten Einsatzes der Kohle unter ökologisch annehmbaren Bedingungen unterstreichen und die Mitgliedländer mit Kernenergieprogrammen auffordern, ihre Bewilligungspraxis reibungsloser zu gestalten, zu standardisierten Kernkraftwerkstypen überzugehen und geeignete Abfallbeseitigungsprogramme einzuführen, um die Kernenergieproduktion im Einklang mit den Erfordernissen des Umweltschutzes, der Nichtverbreitung von Atomwaffen und der Sicherheit zu erhöhen.

Die Schweiz kann diese Empfehlungen unterstützen. Sie stehen im Einklang mit der von Bundesrat und Parlament verfolgten Energiepolitik (Rahmenbewilligung für das Kernkraftwerk Kaiseraugst).

### 3.5 Erdgas

Der Zwischenbericht zu einer neuen Studie der IEA über die Erdgasperspektiven zeigt für Westeuropa, dass bis zu Beginn der neunziger Jahre mehr als genug Erdgas vorhanden sein wird, dass aber im Hinblick auf das Jahr 2000 noch neue Bezugsverträge im Umfang von 20-80 Mia m<sup>3</sup>/Jahr abzuschliessen sein werden. Im Gegensatz zu den USA halten die europäischen Länder die untere Grenze für wahrscheinlicher. Die Studie kommt zu wesentlich optimistischeren Schlussfolgerungen als ihre Vorgängerin aus dem Jahr 1983. Die USA warnen zwar immer noch vor einer zu optimistischen Beurteilung der Versorgungssicherheit in Europa; sie haben sich aber an der letzten Verwaltungsratssitzung mit den Schlussfolgerungen, welche die Minister verabschieden sollen, einverstanden erklärt.

Die Minister sollen die Empfehlungen aus dem Jahre 1983 bestätigen, insbesondere hinsichtlich der Vermeidung einseitiger Abhängigkeiten, der Erschliessung neuer Gasfelder (Nordamerika, Norwegen), sowie Massnahmen zur Ueberbrückung von Versorgungsengpässen und zur Vermeidung einer zusätzlichen Oelabhängigkeit für den Fall, dass nicht genügend Erdgas zur Verfügung stünde.

Die Schweiz kann diese Empfehlungen unterstützen. Sie stehen im Einklang mit unseren eigenen Absichten im Bereich der Erdgasversorgung (Lagerhaltung, Vermeidung einseitiger Abhängigkeiten).

### 3.6 Energie und Umwelt

Zu diesem Thema liegt kein Grundlegendokument vor, doch sollen die vom IEA-Verwaltungsrat auf Beamtenebene am 28.3.1985 verabschiedeten Schlussfolgerungen von den Ministern bestätigt werden.

Es wird davon ausgegangen, dass Energie unter ökologisch akzeptablen Bedingungen bereitgestellt werden sollte, dass dafür zuverlässige

Technologien zur Verfügung stehen und dass eine Lösung der Umweltfragen im Energiebereich für die Gewährleistung einer langfristig wirtschaftlichen und sicheren Energieversorgung von grosser Bedeutung ist. Deshalb sollen v.a. jene energiepolitischen Massnahmen getroffen werden, welche gleichzeitig den energie- wie den umweltpolitischen Zielen dienen. Dazu gehört insbesondere die rationelle Energieverwendung. Auch neue Technologien können zu einer umweltschonenden Energiebereitstellung und -verwendung beitragen.

Bei Konflikten zwischen Energie- und Umwelthanliegen gilt es, unter Berücksichtigung aller Kosten und Nutzen einen Ausgleich zu erzielen, wobei die Verwirklichung des Verursacherprinzips einen erheblichen Beitrag leisten kann. Bei der Erarbeitung der Energiepolitik soll den ökologischen Aspekten, bei der Erarbeitung der Umweltpolitik den energiepolitischen Erwägungen hinreichend Rechnung getragen werden. Für die Energiebereitstellung bedeutet dies vor allem den Einsatz von wirksamen Umwelttechnologien, während bei Umweltvorschriften vor allem für Flexibilität, Voraussesbarkeit und für rechtzeitige Konsultationen mit dem Energiesektor zu sorgen ist. Schliesslich soll im Interesse der Umwelt und zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen in allen Ländern ein vergleichbarer Fortschritt erreicht werden.

Die Schweiz kann diese Schlussfolgerungen unterstützen. Sie wird vor allem den positiven Beitrag des Energiesparens zur Entlastung der Umwelt hervorheben. Aber auch die in unserem Lande intensiv genutzte Wasserkraft und die Kernenergie stellen Arten der Stromerzeugung dar, welche gerade auch im Hinblick auf das Waldsterben, d.h. bezüglich Luftverschmutzung, andern Kraftwerkstypen eindeutig vorzuziehen sind.

### 3.7 Forschung und Entwicklung (F+E)

Trotz der Beruhigung auf dem Oelmarkt dürfen die Anstrengungen für F+E im Energiebereich im Hinblick auf ihre Bedeutung für die langfristige Sicherung der Energieversorgung nicht nachlassen. Die internationale Zusammenarbeit hat sich gut eingespielt, wovon weiterhin profitiert werden sollte. Die Wirksamkeit dieser Zusammenarbeit soll durch möglichst frühzeitige Konsultation über neue Forschungsprojekte sowie durch intensivere Erfolgskontrollen verbessert werden.

Zu den Gebieten, welche zur verstärkten Untersuchung empfohlen werden, gehören insbesondere: Bei der Kernfusion: Materialforschung und supraleitende Magnete; bei den erneuerbaren Energien: Biomasse, Geothermie und Speicherung hochwertiger Energie; bei der Kernfissionsforschung: Hochtemperaturreaktor- und Brütertechnologie, und bei der rationellen Energienutzung: Energiesparhäuser, Wärmerückgewinnung sowie besserer Informationsaustausch (Demonstrationsprojekte). Die Aktivitäten auf den übrigen Gebieten - wie etwa der Sonnenenergie - sind mit unverminderter Unterstützung weiterzuführen.

Es sind dies Empfehlungen, welche auch die Schweiz unterschreiben kann. Eine gewisse Einschränkung gilt für die Nuklearforschung, insofern als der nationale Finanzrahmen nicht gesprengt werden darf. Im übrigen stimmen sie grundsätzlich überein mit den vom Bundesrat am 18.4.1984 genehmigten Forschungsrichtlinien (COCRE-Konzept).

### 3.8 Bereitschaft für den Fall von Oelversorgungskrisen

Erdöl bleibt auf absehbare Zeit der wichtigste Energieträger in den IEA-Ländern. Unterversorgungen in diesem Bereich führen, wie die zwei Oelschocks gezeigt haben, zu gravierenden volkswirtschaftlichen Verlusten. Obwohl der Oelmarkt gegenwärtig entspannt ist und beträchtliche Ueberkapazitäten, vor allem in Nicht-IEA-Produzentenländern, vorhanden sind, bestehen erhebliche Unsicherheiten. Vor allem die Situation im Mittleren Osten, insbesondere der seit fünf Jahren andauernde Krieg zwischen Iran und Irak (beide OPEC-Mitglieder), bildet ein permanentes Risiko.

Die IEA-Länder müssen angesichts der Bedeutung des Erdöls für ihre Energieversorgung gegen Versorgungsstörungen jederzeit gewappnet sein. Dazu gehören ausreichende Oelvorräte, Massnahmenprogramme zur Einwirkung auf Angebot und Nachfrage und nicht zuletzt fortlaufende Analysen über die Entwicklungen auf dem internationalen Erdölmarkt.

Die Minister sollen die ständige Bereitschaft der Krisenbekämpfungsprogramme innerhalb der IEA und auf nationaler Ebene als eine der prioritären Aufgabe bestätigen. Dazu gehört die Erfüllung der im Internationalen Energieprogramm (IEP) vorgeschriebenen Verpflichtung

zur Oelreservehaltung von 90 Tagen in jedem IEA-Mitgliedland sowie die Bestätigung der vom IEA-Verwaltungsrat auf Beamtenebene im Juli 1984 verabschiedeten und das IEP ergänzenden Beschlüsse. Danach wollen die Regierungen bei Versorgungsstörungen, die zu schweren wirtschaftlichen Schäden führen könnten (Erfahrung von 1979/80), Erdölreserven - insbesondere regierungseigene Lager - koordiniert und rasch in einem frühen Zeitpunkt der Krise einsetzen, um die Oelmärkte zu beruhigen und Panikkäufe zu verhindern. Jene Länder, die ihre Oelreserven nicht einsetzen können oder wollen, sollen andere unterstützende, d.h. insbesondere nachfrageseitig wirksame Massnahmen ergreifen. Im Falle eines Versorgungsengpasses wird es somit den Regierungen überlassen sein, aufgrund einer Lageanalyse und der nationalen Umstände über die zu ergreifenden Massnahmen zu entscheiden. Wichtig ist, dass alle IEA-Mitgliedländer einen angemessenen Anteil an der Krisenbekämpfung übernehmen und dass die getroffenen Massnahmen aufeinander abgestimmt sind. Der bundesrätliche Ausschuss für Energiefragen wurde am 12.7.1984 ausführlich über diese Beschlüsse informiert.

Das IEA-Notstandsprogramm war einer der wichtigsten Gründe zum Beitritt der Schweiz zum IEP. Daran hat sich nichts geändert. Die Schweiz steht auch hinter den Beschlüssen des IEA-Verwaltungsrates vom Juli 1984. Eine extensive Interpretation dieser Beschlüsse, wie sie von einzelnen Mitgliedländern angestrebt wird, könnten wir jedoch nicht unterstützen.

### 3.9 Dialog

Der Dialog mit den Produzentenländern und den Nicht-IEA-Verbraucherländern wird nur in einem kurzen Abschnitt in der Pressemitteilung erwähnt.

Die Schweiz wird die Bedeutung von konstruktiven Kontakten der IEA und ihrer Mitgliedländer mit den Produzentenländern und den Nicht-IEA-Verbraucherländern unterstreichen. Damit sollen die Kenntnisse über die globale Energiesituation verbessert, das gegenseitige Verständnis im Energiebereich gefördert und konkrete Formen der Zusammenarbeit gemäss IEP (Kapitel VIII) entwickelt werden.

#### 4. Formelles

Die Ministertagung wird am 8. Juli wie üblich mit einem Arbeitsnachtsessen der Minister unter sich beginnen. Als Themen, die für die Diskussion während des Nachtessens im Vordergrund stehen, sind der Dialog mit den Produzentenländern, allenfalls die Entwicklungen auf dem Oelmarkt (ordentliche OPEC-Ministerkonferenz in Wien vom 5.7.1985) und die Bereiche Raffinerien und Handel mit Erdölprodukten vorgesehen. Sodann sollen die Minister ihre Anliegen zur Pressemitteilung und zu den Schlussfolgerungen darlegen, damit diese Dokumente für die Plenumsdiskussion nochmals angepasst werden können.

Die Plenumsdiskussion vom 9. Juli wird mit Voten des OECD-Generalsekretärs, der IEA-Direktorin, des Präsidenten des CIAB und des Präsidenten der Tagung, des niederländischen Wirtschaftsministers Van Aardenne, eröffnet. Anschliessend werden sich die Minister äussern.

Da der Vorsteher des EVED wegen der Sitzung einer ständerätlichen Kommission am Ministertreffen nicht - wie eigentlich vorgesehen - teilnehmen kann, schlagen wir vor, dass der Direktor des Bundesamtes für Energiewirtschaft, Herr Dr. Kiener, die schweizerische Delegation an der IEA-Ministertagung leiten soll. Im weitern sollen der Delegation Vertreter des EVD (BAWI), des EDA (FuW), des BEW sowie der Chef unserer ständigen Delegation bei der OECD in Paris angehören.

5. Antrag

1. Vom gemeinsamen Bericht des EVD/EVED über die Ministertagung der IEA vom 8./9. Juli 1985 in Paris wird Kenntnis genommen. Die darin dargestellte Haltung der Schweiz gilt als Instruktion für die schweizerische Delegation.
2. Die schweizerische Delegation setzt sich wie folgt zusammen:
 

Herr Dr. E. Kiener, Direktor des BEW, Leiter der Delegation;

Herr Botschafter Dr. S. Arioli, Delegierter für Handelsverträge, BAWI;

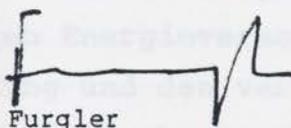
Herr Botschafter J. Zwahlen, Chef der ständigen Delegation der Schweiz bei der OECD in Paris;

Herr Dr. H.L. Schmid, Chef des Dienstes Energiekonzeption, BEW;

Herr K. Eichenberger, Chef des Dienstes für internationale Energiefragen, BAWI;

Herr P. Fivat, Finanz- und Wirtschaftsdienst, EDA.
3. Die Pressemitteilung über die Ministertagung der IEA wird genehmigt.

EIDG. VOLKSWIRTSCHAFTS-  
DEPARTEMENT

  
Furgler

EIDG. VERKEHRS- UND ENERGIE-  
WIRTSCHAFTSDEPARTEMENT

  
Schlumpf

Protokollauszug an:

EVED (10 Ex.) zum Vollzug  
EVD (10 Ex.) zum Vollzug  
BK (5 Ex.) zum Vollzug  
Uebrige Departemente (je 5 Ex.) zur Kenntnis

Pressemitteilung

Ministerkonferenz der Internationalen Energie-Agentur vom 8./9. Juli 1985  
in Paris

---

Der Bundesrat hat die Teilnahme der Schweiz an der Ministertagung der Internationalen Energie-Agentur beschlossen und dazu Eduard Kiener, Direktor des Bundesamts für Energiewirtschaft, mit der Delegationsleitung betraut. Er bezeichnete Botschafter Silvio Arioli, Delegierter für Handelsverträge im Bundesamt für Aussenwirtschaft, als dessen Stellvertreter.

Die Energieminister werden nach zehnjähriger Tätigkeit der Agentur eine Standortbestimmung vornehmen. Angesichts der bisherigen Erfahrungen bei der internationalen Zusammenarbeit im Energiebereich und den neuesten Zukunftsaussichten sollen die notwendigen Lehren gezogen und allfällig erforderliche Anpassungen in der Energiepolitik der Mitgliedländer geprüft werden.

Die IEA-Länder konnten zwar in den letzten zehn Jahren ihre Erdölimportabhängigkeit, v.a. zufolge der stark gestiegenen Erdölpreise, aber auch dank ihren energiepolitischen Anstrengungen zur rationellen Energieverwendung und zur Substitution von Erdöl wesentlich reduzieren. Die Agentur weist jedoch immer wieder auf die weiterhin bestehenden Risiken der Energieversorgung v.a. im Hinblick auf die neunziger Jahre hin und warnt die Mitgliedländer vor einem Nachlassen der energiepolitischen Anstrengungen.

Im Vordergrund stehen für die Agentur gemäss dem 1974 vereinbarten Internationalen Energieprogramm (IEP) die Verwirklichung einer ausgewogenen Energieversorgungsstruktur durch eine rationelle Energieverwendung und den vermehrten Einsatz von Kohle, Kernenergie, Erdgas und erneuerbaren Energien, durch Forschung und Entwicklung im Energiebereich und durch Vorsorgemassnahmen im Hinblick auf mögliche weitere Oelkrisen. Die Agentur befasst sich auch mit der globalen Bedeutung des Energieproblems und mit Kontakten mit den Produzentenländern und den übrigen Konsumentenländern sowie - in zunehmendem Masse - mit den Wechselwirkungen zwischen Energie und Umwelt.

EIDGENOESSISCHES VERKEHRS- UND  
ENERGIEWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT

EIDGENOESSISCHES  
VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT

Presse- und Informationsdienste

Communiqué de presse

Conférence ministérielle de l'Agence Internationale de l'Energie du 8 et 9 juillet 1985 à Paris

---

Le Conseil fédéral a décidé la participation de la Suisse à la réunion ministérielle de l'Agence internationale de l'énergie et a confié la conduite de la délégation suisse à M. Eduard Kiener, directeur de l'Office fédérale de l'énergie. Il a désigné l'ambassadeur Silvio Arioli, délégué aux accords commerciaux à l'Office fédéral des affaires économiques extérieures en qualité de suppléant.

Les ministres de l'énergie se réuniront pour faire le point de la situation après dix ans d'activités. Il s'agira de tirer un bon enseignement des expériences faites à ce jour dans la coopération internationale en matière d'énergie et d'examiner les ajustements nécessaires dans la politique énergétique des pays membres à la lumière des pronostics récemment établis.

Certes, au cours de ces dix dernières années, les pays de l'AIE ont pu, notamment suite à la forte augmentation du prix du pétrole, mais également grâce à leurs efforts visant l'utilisation rationnelle de l'énergie et la mise en valeur de sources d'énergie de substitution au pétrole, sensiblement réduire leur dépendance à l'égard du pétrole importé. Cependant, l'Agence met en garde contre les risques qui continuent de planer sur l'approvisionnement en énergie - surtout en vue des années nonante - et contre un relâchement des efforts consentis jusqu'à maintenant.

Au centre des préoccupations de l'Agence figure, conformément au programme international de l'énergie (PIE) arrêté en 1974, la mise au point d'un système équilibré d'approvisionnement en énergie par une utilisation rationnelle de l'énergie d'une part et d'autre part celle, accrue, de charbon, d'énergie nucléaire, de gaz naturel et d'énergies renouvelables par la recherche et le développement dans le domaine de l'énergie et par la mise au point de mesures de prévention en vue d'une éventuelle nouvelle crise du pétrole. L'Agence s'occupe en outre des implications globales du problème de l'énergie et de contacts avec les pays producteurs et les autres pays consommateurs ainsi que des interactions - toujours plus nombreuses - entre l'énergie et l'environnement.

DEPARTEMENT DES TRANSPORTS, DES  
COMMUNICATIONS ET DE L'ENERGIE

DEPARTEMENT FEDERAL  
DE L'ECONOMIE PUBLIQUE

Services de presse et d'information

EDGENÖSSISCHES FINANZDEPARTEMENT  
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES FINANCES  
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELLE FINANZE

591.305

3003 Bern, 2. Juli 1985

Ausgestellt

Für die DR-Sitzung

vom 3. JULI 1985

An den Bundesrat

Ministertagung der Internationalen Energie-Agentur (IEA)  
 Paris, 8./9. Juli 1985

Aufgrund des Antrages des EVED und des EVD vom 25. Juni 1985

Aufgrund des Antrages wird

Mitbericht

beschlossen

1. Vom gemeinsamen Bericht des EVED/EVD über die Ministertagung der IEA vom 8./9. Juli 1985 in Paris wird Kenntnis genommen. Die darin dargestellte Haltung der Schweiz gilt als Instruktion für die schweizerische Delegation.

2. Die schweizerische Delegation setzt sich wie folgt zusammen:

Herr Dr. E. Kiener, Direktor des BEW, Leiter der Delegation;

Herr Botschafter Dr. S. Arioli, Delegierter für Handelsverträge, BAWI;

Herr Botschafter J. Zwahlen, Chef der ständigen Delegation der Schweiz bei der OECD in Paris;

Herr Dr. H.L. Schmid, Chef des Dienstes Energiekonzeption, BEW;

Herr K. Eichenberger, Chef des Dienstes für internationale Energiefragen, BAWI;

Herr P. Fivat, Finanz- und Wirtschaftsdienst, EDA.

3. Die Pressemitteilung über die Ministertagung der IEA wird genehmigt.

Für getreuen Auszug,

der Protokollführer:



EIDGENÖSSISCHES FINANZDEPARTEMENT  
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES FINANCES  
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELLE FINANZE

591.385

3003 Bern, 2. Juli 1985

Ausgeteilt

**Für die BR.-Sitzung**  
 vom **3. JULI 1985**

An den Bundesrat

Ministertagung der Internationalen Energie-Agentur,  
 Paris, 8./9. Juli 1985

Mitbericht

zum Antrag EVD/EVED vom 25. Juni 1985

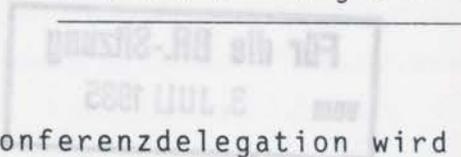
Das EFD stimmt dem Antrag grundsätzlich zu, muss jedoch Vorbehalte zur Grösse der Delegation und zur Taggeldfrage anbringen.

- 1 Die Abordnung von 6 Personen (wovon 5 mit Anreise aus Bern) an diese nur zwei Tage dauernde Konferenz, die der energiepolitischen Standortbestimmung dient und bei welcher es offenbar keine materiell bindenden Beschlüsse zu fassen gilt, geht u.E. zu weit. Die Informations- und Koordinationsbedürfnisse sollten unter den interessierten Bundesstellen auch mit einer etwas kleineren Delegation wahrgenommen werden können. Wir erinnern daran, dass die Finanzdelegation den Bundesrat erst vor kurzem ausdrücklich aufgefordert hat, bei der Bestellung von Auslanddelegationen grösstmögliche Zurückhaltung zu üben.
- 2 Nach den Richtlinien des Bundesrates für die Bestellung offizieller Delegationen zur Teilnahme an internationalen Veranstaltungen sind die Tagelder der Delegationsmitglieder bereits in den Anträgen vorzusehen. Der vorliegende Antrag ist entsprechend zu ergänzen.

3003 Bern, 2. Juli 1982

501.182

Demgemäss möchten wir **b e a n t r a g e n** :



1 Die schweizerische Konferenzdelegation wird auf 4 Personen begrenzt.

2 Ziff. 2 des Beschlussesdispositivs wird durch folgenden Passus ergänzt:

"Das Taggeld für die Delegationsmitglieder (ausgenommen Botschafter J. Zwahlen) wird auf Fr. 150.-- festgesetzt. Dem Delegationschef kann, sofern er Ausgaben im Zusammenhang mit seiner Funktion nachweist, ein Zuschlag bis zu Fr. 15.-- pro Tag ausgerichtet werden."

EIDG. FINANZDEPARTEMENT

*Stich*  
Stich

Pro	
z. V.	z.
X	
	X
	X
	X
	X
	X